



KEINE PAPIERE UND KEINE BASISBILDUNG

Viele „Fachkräfte“ in Integrationskursen sind Analphabeten

Seit Jahren wird uns, mit tatkräftiger Unterstützung der Relotius-Presse, seitens des Systems Merkel erzählt, dass es sich bei den nach Deutschland gebeten und eingeschleusten Ballastexistenzen um „dringend benötigte Fachkräfte“ handle. Das UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wollte uns sogar glauben machen, dass fast 90 Prozent der „geflüchteten“ angeblichen Syrer „[hochgebildet](#)“ seien. Hans-Eckhard Sommer, der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) weiß nun zu berichten, dass jeder sechste Teilnehmer eines Integrationskurses gar nicht lesen und schreiben könne. „Rund 17 Prozent der Teilnehmenden unserer Integrationskurse sind Analphabeten, ganz überwiegend sind dies Geflüchtete“ und nur etwa 13 Prozent dieser Personen erreichten dann das Sprachniveau B1, so Sommer gegenüber der „[Rheinischen Post](#)“.

[Sprachniveau](#) B1 bedeutet, dass man die Hauptinhalte verstehe, so eine klare Standardsprache verwendet wird und es sich um vertraute Dinge aus Arbeit, Schule, Freizeit usw. handelt und man die meisten Alltagssituationen sprachlich zu bewältigen im Stande ist. 40 Prozent erreichen das niederere Niveau A2.

Da es sich bei den genannten Zahlen aber nur um jene handelt, die diese Kurse überhaupt besuchen, sind die wahren Zahlen vermutlich noch höher. Sommer sagt auch, dass man sich beim BAMF immer bewusst gewesen sei, „dass über den Fluchtweg nur wenige Fachkräfte ankommen“ würden. Dieses „Bewusstsein“ hat man dann aber entweder nicht Richtung Politik und Medien korrespondiert, oder, was sehr viel wahrscheinlicher ist, dort hat man schlicht gelogen.

Laut Sommer seien derzeit 450.000 der sogenannten Flüchtlinge arbeitssuchend gemeldet. Was wohl im Wortgebrauch nicht ganz richtig sein dürfte, denn es darf daran gezweifelt werden, dass diese Personen alle nach Arbeit suchen.

Aber nicht nur die mangelnde Grundbildung der Eindringlinge ist ein Problem: „Nur etwa 45 Prozent der Asylsuchenden haben Ausweispapiere dabei“, beim überwiegenden Teil sei man auf die Angaben der Personen angewiesen, gibt Sommer zu. Es wird dann über Handydaten versucht die Angaben zu prüfen, wenn man denn überhaupt an die Geräte kommt. In 61 Prozent dieser Fälle müsse man sich aber auf die Angaben verlassen, weil man schlicht keine Wege hat sie zu überprüfen.

Damit bestätigt Sommer, was vielen noch selbstständig Denkenden schon lange klar war. Im Grunde weiß niemand so recht, wer die Menschen, die ungestraft in unser Land eindringen, sind und welche oft kriminelle Vorgeschichte sie haben. Dennoch wird das Märchen von den „gut gebildeten, dringend benötigten Fachkräften“ weiterhin verbreitet werden.
(lsg)



Griechenland: Wasserbarriere gegen Illegale – Ungarn schießt gleich

Wie ein Akt der Verzweiflung wirkt, was Griechenland nun zur Abwehr illegaler Eindringlinge, die in Booten übers Mittelmeer kommen, plant. Schwimmende Barrieren, wie sie sonst genutzt werden, um zum Beispiel das Ausbreiten von Ölteppichen auf dem Wasser zu stoppen, sollen künftig Boote daran hindern auf griechisches Territorium und damit in die EU vorzudringen.

Die ca. eine halbe Million Euro teuren Barrieren und Netze sollen rund 2,7 km lang werden und Öffnungen für Touristenboote vorsehen. Die Installation soll einen halben Meter aus dem Wasser ragen und mit Lichtern Schiffe und Boote warnen. Zunächst soll die Barriere nur im Norden der Insel Lesbos errichtet werden. Infolge könnte man diese Maßnahme auch auf bis zu 15 km verlängern.

In Griechenland, besonders auf einstigen Urlaubsinseln, wie Samos und [Lesbos](#) leiden die Bewohner unter dem Ansturm der Eindringlinge. Die Touristen bleiben immer mehr aus, Gewalt gegen die Bevölkerung ist an der Tagesordnung. Erst vergangene Woche gingen auf den griechischen Inseln Kos, Lesbos, Samos, Leros und Chios Tausende [Menschen auf die Straße](#), um gegen die Lager zu protestieren. „Wir wollen unsere Inseln zurück, wir wollen unser Leben zurück“, stand auf den Transparenten.

Laut Verteidigungsminister Nikos Panagiotopoulos handelt es sich bei der Wasserbarriere [um einen Versuch](#). So klingt das auch: nach einem verzweifelten Versuch sich innerhalb der europäischen invasionsfördernden Politik und den entsprechenden Bestimmungen gegen den Ansturm zu wehren. Sinn macht es allerdings wenig, denn sobald die Boote die Sperre erreichen befinden sie sich bereits in griechischen Hoheitsgewässern, wo sie laut Seerecht „gerettet“ werden müssten. Die Blinklichter werden zusätzlich wie ein Leuchtturm den Schleppern den Weg weisen. Die ganze Idee wirkt wie ein verzweifelter Versuch die aufgebrachte Bevölkerung beruhigen.

In Ungarn geht man andere Wege. Als am Dienstagmorgen eine etwa 60 bis 70 Personen zählende Gruppe Illegaler versuchte die serbisch-ungarische Grenze am Übergang Röszke zu durchbrechen fackelten die Grenzschrützer nicht lange und gaben [Warnschüsse ab](#). Nur vier Personen schafften es über die Grenze, aber auch diese wurden bald darauf festgenommen. Danach gab es [medienwirksames Gejammer](#) seitens der Eindringlinge, die Grenzer hätten sie geschlagen.

Die ungarischen Behörden bleiben unaufgeregt, ob der angeblichen Menschenrechtsverletzung und nennen den Vorgang schlicht und vollkommen richtig einen „gewalrtätigen Versuch, ins Land einzudringen“, der von „jungen, sichtbar organisierten Männern“ betrieben worden sei.

Sicher ist es an Land leichter eine Grenze zu schützen – so man dazu überhaupt willens ist – aber aktives Zurückdrängen der Eindringlinge wäre auch auf dem Wasser möglich. Australien [macht es schon lange vor](#). (lsg)



Deutschland bleibt Hauptziel für Asylbewerber

Von MANFRED ROUHS | Deutschland ist und blieb auch 2019 das wichtigste Ziel für Asylbewerber in der Europäischen Union. Mag die Bundesrepublik auch sonst seit Jahren ein Land im Niedergang sein: bei der Aufnahme von Asylbewerbern ist sie europaweit seit 2012 ununterbrochen Spitzenreiter. Diesen Trend bestätigen jetzt veröffentlichte Zahlen der europäischen Grenzschutzagentur Frontex.

Demnach legte eine unbekannt Zahl von Asylbewerbern 2019 in 708.000 Fällen bei europäischen Behörden einen Asylantrag vor. Wie viele Menschen hinter dieser Zahl stehen bleibt ein Rätsel – weil sich manche Asylbewerber unter verschiedenen Namen mehrfach im gleichen Land oder in verschiedenen Ländern registrieren lassen. In Deutschland liefen 152.000 dieser Asylanträge auf. Frankreich baute allerdings seine Position auf dem zweiten Platz gegenüber dem Vorjahr aus und kam auf 126.000 Anträge.

Eine Frau macht Deutschland so attraktiv nicht nur, aber vor allem für Hunderttausende dynamische junge Männer aus aller Welt, die auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Es ist nicht Lena Meyer-Landrut und auch nicht Lena Gercke – sondern Angela Merkel.

Die weiß zwar genau, dass die alljährliche Aufnahme einer großen Zahl kulturfremder Menschen Deutschland schadet. Als

Abgeordnete im Bundestag sagte sie in einer Debatte 2002: „Das Maß des Zumutbaren ist überschritten, und Sie wissen das spätestens nach Pisa, dass in Deutschland völlig klar ist, bevor wir neue Zuwanderung haben, müssen wir erst einmal die Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder verbessern.“

„Das Maß des Zumutbaren“ wird seither jedes Jahr immer weiter und weiter überdehnt, aber das schert Merkel nicht mehr, seit sie Bundeskanzlerin ist. Marcel Leubecher, Politikredakteur bei der „Welt“, bringt die Unverantwortlichkeit ihrer Regierung [auf den Punkt](#):

„Dass die Bundesrepublik seit vielen Jahren Hauptziel in der EU ist, liegt auch an der besonders hierzulande inzwischen weit verbreiteten Haltung, dass es sich bei der Asylzuwanderung – überspitzt gesagt – um eine Art Ereignis handle, das eher verwaltet als gestaltet werden sollte. Sobald sie eingereist sind, sollen sie in der Regel rasch in die Gesellschaft integriert werden. Demgegenüber sind Stimmen, die der gesellschaftlichen Verantwortung vor allem über massive Unterstützung in den Herkunftsregionen nachkommen möchten, aber ein Ende der illegalen Migration als Massenphänomen fordern, in den Regierungsparteien kaum noch zu vernehmen.“

Nichts hat Deutschland in Friedenszeiten jemals mehr geschadet als die Pestepidemien des Mittelalters und der politische Gestaltungsunwille dieser Bundeskanzlerin. Die Pest allerdings war weniger hartnäckig als Merkel, sie wütete in unserem Land am stärksten zwischen 1346 und 1353 – Merkels Kanzlerschaft dagegen wütet jetzt schon im 15. Jahr, und jeder weitere Tag schadet Deutschland immens.



NRW: Vorzeige-„Flüchtling“ ermordet Nebenbuhler und legt Feuer

Von JOHANNES DANIELS | „Integration wird gelingen“ jubelte die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek aus Ibbenbüren-Tecklenburg bei einer CDU-Diskussionsrunde zum Thema [„Flüchtlingssituation](#) in ihrem Wahlkreis Ibbenbüren-Steinfurt“.

Der Syrer Almahdi A. (26) galt bis vor einer Woche als einer dieser Vorzeige-„Flüchtlinge“ und war „bestens integriert“. Auch als „Gastmitglied“ einer ehemals großen Volkspartei im Wahlkreis der [integrativen Bundes-Bildungsministerin](#).

Er „flüchtete“ mit Ehefrau Tarsche (36) und der gemeinsamen Tochter vor drei Jahren nach Nordrhein-Westfalen, machte eine Ausbildung, engagierte sich in der „Integrations-Politik“ und bei der Feuerwehr. Doch der archaische Islam-Chip in seinem Hirn war stärker als seine tatsächliche Integrationsfähigkeit.

Am Sonntag stieg der „Schutzsuchende“ Almahdi nachts durch ein Fenster eines Hauses in der Ibbenbürener Wilhelmstraße und metzelte mit einem Fleischermesser einen irakischen Friseur mit gottgefälligem Salafistenbart nieder.

Als Mordmotiv wird „Eifersucht“ vermutet. Denn die Frau/das Eigentum des blutrünstigen Syrers wollte sich „nicht

integrieren“ und hatte wohl mit ihrem irakischen Friseur Shahram mehr im Sinn, als nur „waschen-föhnen-legen“. Nach dem heimtückischen Mord legte Almahdi Feuer, um die Spuren zu verwischen.

[BILD](#) rätselt:

Eine grausige, rätselhafte Bluttat in Ibbenbüren (NRW). Wegen heimtückischen Mordes sitzt Almahdi A. (26) in U-Haft. Am Sonntagmorgen soll der Syrer aus Tecklenburg den schlafenden Friseur Shahram K. († 31, Iraker) überfallen und erstochen haben. Warum nur?

Eine Bekannte des „Vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-Geflüchteten“ zeigte sich geschockt: „Er wollte sich unbedingt integrieren und tat alles dafür.“ Aber es soll Streit mit seiner Frau gegeben haben, sie wollte nicht arbeiten und Deutsch lernen. „Al-Almani“-Almahdi konnte das undeutliche Verhaltensmuster seiner zehn Jahre älteren Gemahlin nicht so ganz begreifen und „machte ihr Vorwürfe“: Tarsche lag ihm auf der Tasche – und dem deutschen Steuerzahler. Es kam zunehmend zu „Streitigkeiten“. Im Herbst 2019 trennten sich Almahdi und Tarsche – zeitweise schlief er in seinem grauen VW Golf. Aber vor knapp drei Wochen zog das Paar aus finanziellen Gründen wieder zusammen.

Kurz darauf ereignete sich die brutale Bluttat im Klinkerbau an der Wilhelmstraße. Zeugen hätten auch zuvor beobachtet, wie sich Almahdi mit seinem bärtigen Nebenbuhler gestritten habe. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, schweigt der Bestens-Integrierte zu Tathergang und Mordmotiv. „Nicht ausgeschlossen, dass die Frau von Almahdi A. eine Beziehung (möglicherweise nur freundschaftlich) zu Shahram K. hatte und ihr Mann nach der Versöhnung dahinterkam“, spekuliert BILD. Die ganze Wahrheit kann eigentlich nur Ehefrau Tarsche ans Tageslicht bringen, doch die könnte nach StPO von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen.

Der aufstrebende Lokal-Politiker wurde in seiner Wohnung in Tecklenburg festgenommen, eine Richterin erließ Haftbefehl wegen „Mordes und besonders schwerer Brandstiftung“. Bei dem Brand wurde eine weitere Person verletzt und die Bewohner stark gefährdet.

Die Süddeutsche Zeitung titelt [politisch korrekt](#):

Leichenfund bei Wohnungsbrand: 26-Jähriger in Haft



Finnland: Abgelehnter Asyl-Pali tötet junge Finnin

In der südfinnischen Stadt Hämeenlinna alarmierten in der Nacht auf Dienstag Nachbarn der jungen Finnin Sanni Ovsaka die Polizei, weil eine große Menge Blut unter der Eingangstür zur Wohnung der Frau hervorfloss. Nur wenige Medien berichten über den Fall, offenbar ist man bemüht die grausame Tat zu vertuschen. Bisher ist lediglich bekannt, dass es sich bei dem Täter um Hasan Alqina, einen abgelehnten palästinensischen Asylforderer handeln soll.

Laut [MTV-Finnland](#) hat der Täter sich nach der Tat selbst gerichtet. Unbestätigten Quellen zufolge soll die junge Frau geköpft worden sein, wofür auch die Menge an Blut spricht, das bis in den Flur des Treppenhauses floss.

Alqina soll 2015 nach Finnland gekommen sein. Der Bodybilder soll [Verbindungen zu Hamas-Sympathisanten](#) gehabt haben.

Das Opfer hatte wohl eine Beziehung mit dem Moslem und wollte sich trennen. Sanni Ovsaka soll eine [Pro-Asyl-Aktivistin](#) mit Hass auf weiße Männer gewesen sein, was die Tat allerdings nicht weniger grausam macht.

In den vergangenen Jahren wurde Finnland immer wieder von ähnlich gelagerten Fällen heimgesucht, meistens läuft es wie in diesem Fall. Es wird kaum berichtet und die Auskünfte der Polizei sind mehr als dürftig. Angeblich soll es Anfang kommender Woche mehr Informationen geben. (lsg)



Dresden: Afrikaner entkommen aus Abschiebehaft

12 Millionen Euro Steuergeld flossen 2018 in den Umbau des alten Technischen Rathauses in Dresden zu einem Abschiebegefängnis für abgelehnte Asylbewerber, die inhaftiert werden, damit sie nicht untertauchen, ehe sie abgeschoben werden können. Es wurden u.a. ein etwa drei Meter hoher Zaun gebaut und diverse Sicherheitstechnik installiert. Dass all das sinnlos ist, wenn das Wachpersonal lahm ist, bewiesen am Samstag drei abgelehnte Nafris.

Die zwei Tunesier und der Marokkaner im Alter von 19 bis 29

Jahren waren offenbar schlicht zu schnell für das Wachpersonal.

Während eines Hofgangs seien die drei plötzlich losgerannt, hätten sich am Zaun hochgezogen, seien darüber gesprungen und geflüchtet, heißt es. Offenbar liefen sie schneller als das Wachpersonal gucken konnte.

„Wir leiteten sofort Fahndungsmaßnahmen ein“, zitiert die [BILD](#) den zuständigen Polizeiführer Dirk Rohrbeck. Leider bisher vergeblich.

Überwachungskameras, und seien sie noch so teuer, ersetzen eben kein motoviertes und fixes Personal. Alles was man in Dresden konnte, ist vermutlich die Flucht der ausbrechenden Eindringlinge auf Video festhalten. Nun sind sie halt weg.



Lesbos: Nach Messertotem Aufstand im Migrantenlager

Nachdem am Donnerstagabend im Lager Moria auf der Insel Lesbos ein 20-Jähriger aus dem Jemen, vermutlich von einem Afghanen erstochen worden war und erst am Mittwoch davor ein Kongolese ebenfalls nach einer Messerstecherei verstarb, kam es am Freitag zu Ausschreitungen zwischen Afghanen und Afrikanern.

Die Polizei rückte mit Tränengas an, um der Lage wieder Herr

zu werden. Bald schon richtete sich der Hass der „sich nach Frieden Sehenden“ gegen die Beamten, sie wurden mit Steinen beworfen, Mülltonnen wurden angezündet. Moria sei nicht sicher, so das Argument der Randalierer, die gerne auch vermummt auftreten.

Fast seit Beginn der inszenierten Flüchtlingskrise herrscht auf der ehemalige Urlaubsinsel Lesbos der Ausnahmezustand ([PI-NEWS berichtete mehrfach](#)). Immer wieder kommt es dort, wie in vielen Lagern und Unterkünften, zu Aufständen und Brandstiftungen. Auch die am Freitag in Moria monierte Unsicherheit erzeugen die Bewohner immer selbst durch Gewalt untereinander.

Vielfach geht es in den Lagern zu, wie man es aus Afrika kennt, schon der Antransport von Lebensmitteln wird zur Schlacht. Obwohl genug Nahrung für alle da ist, werden Fahrzeuge gewaltsam gestoppt, ausgeraubt und demoliert.

Auch die Inselbewohner selbst werden nicht verschont, Sicherheit ist für sie ein Wort aus der Vergangenheit.

Aktuell soll im Lager Moria ein Vielfaches der Menschen leben, für die es gebaut wurde. Die Informationen über genaue Zahlen sind unterschiedlich. Vermutlich wissen es die zuständigen Behörden in Griechenland selbst nicht wirklich. Sicher ist nur, dass es zu viele sind. Und immer noch kommen neue „schutzsuchende“ Gewalttäter auf den griechischen Inseln an.
(lsg)

Hier ein weiteres Video vom „Protest“:



Deutsche Bahn: „Flüchtlinge“ werden Lokführer

Angeblich ist ein Grund für viele Zugausfälle der Deutschen Bahn, dass es in Deutschland zu wenig ausgebildete Lokführer gebe. Anstatt deutsche Jugendliche an diesen Beruf heranzuführen und auszubilden oder Arbeitslose dahingehend umzuschulen, werden lieber in einem [eine Million Euro teuren Projekt](#) sogenannte Flüchtlinge dafür herangezogen. Der akute Personalmangel betreffe in der Region Stuttgart die Bahntöchter [DB Regio und S-Bahn Stuttgart](#), sowie die Abellio und Go Ahead, die künftig einige Strecken der DB Regio übernehmen sollen.

Bereits im November wurden 15 Personen im Alter von 22 bis 36 Jahren zum Triebwagenführer in Mannheim in Ausbildung genommen. Dabei soll es sich u.a. um „Geflüchtete“ aus Syrien, Sri Lanka, Marokko und Tunesien handeln. In diesem Zusammenhang stellt sich einmal mehr die Frage, wieso gibt es „Flüchtlinge“ aus den vielbereisten Urlaubsländern Marokko und Tunesien.

Bei den 15 soll es aber natürlich nicht bleiben und so gibt es aktuell einen sogenannten „Bewerber-Check-up“, wo die angehenden Lokführer erst einmal Deutsch lernen sollen, um dem Ausbildungsprogramm überhaupt wenigstens sprachlich folgen zu können.

Wie es um die sonstige Bildung steht lässt sich leicht

ableiten, denn während des Einstiegsprogramms sollen den Fachkraft-Azubis außerdem die wichtigsten Grundkenntnisse in Mathematik, Naturwissenschaften und für den Beruf erforderliches Grundwissen in Technik vermittelt werden. Und natürlich gibt es oben drauf etwas, das ein deutscher Azubi in der Regel nicht als Teil dieser Berufsausbildung braucht. Die künftigen Triebwagenführer werden von Sozialpädagogen und „Trainern“ (?) begleitet. Trotz der offenkundigen Bildungsferne dauert diese Ausbildung nur 15 Monate. In der Regel ist die Ausbildungszeit der DB zum Lokführer mit [drei Jahren angesetzt](#).

Treibende Kräfte hinter diesem Millionenprojekt sind die Bundesagentur für Arbeit und das Land Stuttgart. Ziel sei es u.a. „Menschen mit Fluchterfahrung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren“, heißt es.

In Zeiten der Bahnsteigschubser ist das ein echt grandioses Projekt. Da kann es dann künftig wohl schon mal vorkommen, dass einer der „Geflüchteten“ schubst und ein anderer drüber fährt. (lsg)



Clanchef Miri und das Ende der Geduld

Von MANFRED ROUHS | Das Gesicht von Ahmad „Patron Miri“ A. ist

eines der bekanntesten Verbrechergesichter in Deutschland. Denn der Kopf eines der größten Araberclans Europas ist telegen und eloquent und durchaus „Dschungelcamp“-tauglich.

Einmal saß er am Steuer seines 100.000 Euro-Sportwagens und erläuterte dem Fernsehreporter, der ihn interviewte, dass er von Hartz IV lebt. Kleinvieh macht halt auch Mist, und warum auf Geld verzichten, das ihm die dummen deutschen Kartoffeln hinterherwerfen? Wenn Ahmad das erklärt, wirkt es irgendwie nachvollziehbar.

Ahmad kam als Asylbewerber aus Syrien nach Deutschland. Sein Asylantrag ist mittlerweile rechtskräftig abgelehnt und seine Duldung läuft im März 2020 aus. Die Verfügung seiner Abschiebung ist „unaufschiebbar rechtsgültig“. Trotzdem bleibt Ahmad hier – auf unbestimmte Zeit.

Denn Deutschland schiebt niemanden nach Syrien ab. Egal, wie kriminell er auch ist. Lieber investiert der deutsche Staat Geld in die Strafverfolgung und die Inhaftierung von Syrern wie Ahmad, als dass er den 38-Jährigen oder einen seiner Landsleute dem Risiko aussetzt, womöglich in Assads Armee als Soldat eingezogen zu werden, durch den Sand robben und ein Leben wie die sprichwörtliche „Made im Speck“ aufgeben zu müssen.

Derzeit steht Ahmads Sportflitzer in der Garage und der Straßenheld des Berliner Weddings sitzt im Knast. Die Staatsanwaltschaft und die [„Bild“-Zeitung](#) werfen ihm schlimme Dinge vor:

„Am 6. November 2017 soll er kurz vor Mitternacht mit zwei Männern bei der Ex-Freundin eines Rappers in der Barfussstraße (Wedding) die Wohnungstür eingetreten und die Frau mit einem Holzknüppel verletzt haben. Am 24. Februar 2019 soll der Clan-Chef laut Anklage in den frühen Morgenstunden vor einer Nachbarin in der Rosmarinstraße (Mitte) einem Tanzlehrer ins Gesicht geschlagen haben. Dieser

zog sich dabei eine stark blutende Kopfwunde zu und kam mit Schädelhirntrauma ins Krankenhaus.“

Früher oder später kommt Ahmad wieder raus aus dem Knast, und soweit er es dann zu organisieren vermag, solchen „Kleinkram“ sachgerecht an sein Bodenpersonal zu delegieren, werden wir uns auch noch 2030 und 2040 dschungelkampartig das Maul über ihn und seine Konsorten zerreißen, weil wir – geben wir es doch zu! – auf so coole Typen wie ihn einfach neidisch sind: Wild, durchsetzungsfähig, wirtschaftlich erfolgreich – ein „Großstadtaffe“ wie er besungen wird und im Buche steht.

Was soll der in Syrien? Da ist derzeit einfach zu wenig Party ...



Flugzeug bringt 254 „Perspektivlose“ aus Türkei nach Deutschland

Von L.S.GABRIEL | Im Rahmen des Merkel-Deals mit dem türkischen Islam-Despoten Erdogan wurde vereinbart, dass die Türkei monatlich bis zu 500 sogenannte „Flüchtlinge“ nach Deutschland überstellen kann. Seit heute ist Deutschland daher wieder um 254 [Menschengeschenke](#) reicher, die per Direktflug am Flughafen in Hannover [am Dienstag eintrafen](#). Angeblich soll es

sich vorwiegend um Syrer handeln.

Natürlich sind es keine „Fachkräfte“, die im Zuge des Resettlementabkommens von der Türkei zu uns geschickt werden. Im Gegenteil, dabei handelt es sich, wie auch offiziell vorgesehen, um Personen, die „im Ankunftsland keine Perspektive haben, jedoch nicht in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen“.

Gerde aber weil sie keinen wirtschaftlichen Nutzen bringen, sondern nur das Sozialsystem belasten, gelten sie als besonders schutzbedürftig. Es sind also vorwiegend MUFL (minderjährige unbegleitete Flüchtlinge), Schwangere, Alte, Kranke, gerne auch schwere medizinische Fälle, „psychische Auffällige“ und [Ungebildete, die Erdogan los werden will](#).

Mehr als 9000 dieser Ballastexistenzen sollen auf diesem Weg bisher ins deutsche Sozialsystem verbracht worden sein. 2020 will man laut EU-Kommission außerdem rund [30.000 weitere Personen](#) im Rahmen des EU-[Resettlementprogramms](#), vor allem aus der Türkei, dem Libanon, Jordanien und Ländern am Mittelmeer, nach Europa umsiedeln. Deutschland erklärt sich bereit 5.500 davon freiwillig aufzunehmen. Ein Großteil der anderen wird dann wohl über die Schengengrenzen nach Germany reisen.

[Resettlement](#), ein „humanitärer Akt“, der helfen soll Schleppern das Handwerk zu legen und illegale Einwanderung nach Europa zu verhindern. Wer das glaubt, legt auch für den Weihnachtsmann Kekse bereit.



Deutschlands Schuldenmeister betteln nach mehr Migranten

Von LUP0 | Städte wie Kaiserslautern, Trier, Mainz und Ludwigshafen gehören zu den Top 20 der Schuldenmeister Deutschlands. Sie pfeifen finanziell aus dem letzten Loch, haben kaum Gestaltungsspielraum für ihre Bürger. Aber diesen klammen Städten kann es gar nicht schnell genug gehen, beim Bund um die sofortige Aufnahme zusätzlicher „Flüchtlinge“ zu betteln.

Es sind 120 Städte und Gemeinden, die sich in der Organisation „Seebrücke“ bereit erklärt haben, Menschen von Schlepperschiffen im Mittelmeer, aus Lagern in Libyen und Griechenland möglichst umgehend direkt aufzunehmen. Zu ihnen gehört zum Beispiel Kaiserslautern. Die 100.000-Einwohnerstadt in Rheinland-Pfalz hat [laut einer Bertelsmann-Studie](#) (S. 13) eine Pro-Kopf-Verschuldung von 6843 Euro an Kassenkrediten. Das reicht für Platz 3 im Schulden-Ranking von Deutschlands Schuldenhochburgen 2017. Kassenkredite sind eine Art Dispo für die Kommunen, wenn sie ihre Rechnungen und Gehälter nicht mehr bezahlen können und ein guter Schuldenindikator.

PI-NEWS hat im Folgenden eine Übersicht von Gutmenschenstädten mit hohen Schulden zusammengestellt und [verlinkt hier](#) zur den Städten der Seebrücke. Anhand der Grafik unten kann man sehen, [welche Städte](#) sich den Forderungen der Seebrücke verpflichtet haben und unter welchen prekären Voraussetzungen sie das tun, das heißt, wo die Belastung besonders hoch ist.

Schulden und Gutmenschentum Hand in Hand

Ein cursorischer Blick zeigt, dass auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte die Verschuldung in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen besonders hoch ist. Es mutet beinahe tragisch an, dass sich ausgerechnet in den schuldenreichen

Ländern von Malu Dreyer (SPD) und Armin Laschet (CDU) Hochburgen des Gutmenschlichen befinden. Natürlich gehören auch die hochverschuldeten Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen zu den Seebrücken-Fans. Aber sie spielen in einer anderen Kassenkredit-Liga.

Obwohl ihnen das Wasser bis zum Hals steht und solche Städte laut ZEIT „nur noch das Nötigste bezahlen können und keine Kredite für größere Investitionen bekommen“, haben sie sich gemäß öffentlicher Solidaritätserklärung der Seebrücke bereiterklärt, dass die Kommune *„für alle geflüchteten Menschen – unabhängig vom Fluchtweg – für ein langfristiges Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur Verfügung gestellt werden.“*

ABBILDUNG 6 Regionale Verteilung der kommunalen Kassenkredite 2017

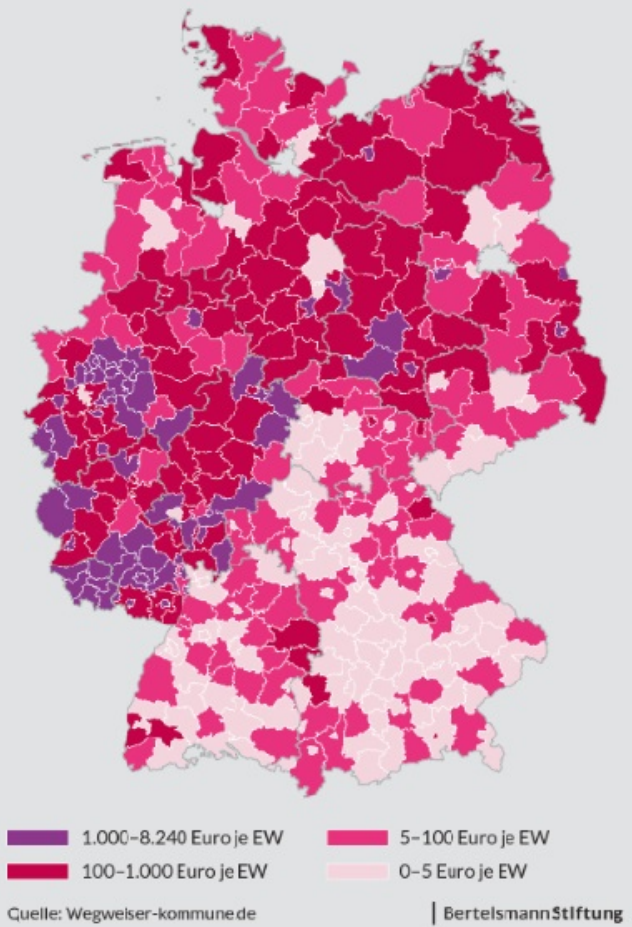


ABBILDUNG 7 20 Kommunen mit den höchsten Kassenkrediten je Einwohner 2017

Rangliste	Name	Kassenkredite in Euro je EW
1	Pirmasens (kreisfr. Stadt)	8.239
2	Oberhausen (kreisfr. Stadt)	7.634
3	Kaiserslautern (kreisfr. Stadt)	6.843
4	Mülheim an der Ruhr (kreisfr. Stadt)	6.241
5	Hagen (kreisfr. Stadt)	5.763
6	Remscheid (kreisfr. Stadt)	5.314
7	Zweibrücken (kreisfr. Stadt)	5.228
8	Ludwigshafen am Rhein (kreisfr. Stadt)	4.638
9	Kusel (Gesamtkreis)	4.222
10	Trier (kreisfr. Stadt)	4.178
11	Essen (kreisfr. Stadt)	3.864
12	Wuppertal (kreisfr. Stadt)	3.691
13	Worms (kreisfr. Stadt)	3.630
14	Herne (kreisfr. Stadt)	3.605
15	Solingen (kreisfr. Stadt)	3.374
16	Frankenthal (Pfalz) (kreisfr. Stadt)	3.230
17	Regionalverband Saarbrücken (Regionalverband)	3.151
18	Mönchengladbach (kreisfr. Stadt)	3.115
19	Mainz (kreisfr. Stadt)	3.114
20	Birkenfeld (Kreis)	3.028

Quelle: Wegweiser Kommune

Die Top 20 in Sachen Schulden durch Notkredite (Quelle: [Bertelsmann-Studie S. 13](#)).

Diese Kommunen behaupten, dass sie das Mandat ihrer Bürger hätten. Tatsächlich sind die Beschlüsse in den Ratsgremien zustande gekommen und trafen dort teils auf heftige Widerstände. Würde man die Einwohner darüber in einem Volksentscheid (ähnlich wie in der Schweiz) abstimmen lassen, kämen aller Wahrscheinlichkeit nach gegenteilige Entscheidungen zustande. Das zeigt, wie weit sich die Politiker inzwischen von der Realität entfernt haben: wohl keine Bürgermehrheit, deren Stadt in Schulden versinkt und bei der die Altlasten Unterkante Oberlippe stehen, würde sich für die Aufnahme neuer unkalkulierbarer Belastungen einspannen lassen.

Doch jetzt soll der Bürgerwille weiter verfälscht werden. Weil der für die Migration zuständige Bund zögert, den Seebrücken-

Städten ihren sehnlichsten Wunsch nach noch mehr Flüchtlingen zu erfüllen, sollen die aufnahmebereiten Städte selbst über die Aufnahme und auch über die Bleibeperspektive der Menschen bestimmen dürfen, fordert die Seebrücke.

Nicht alle wollen Pull-Faktoren

[Allerdings stehen laut WELT](#) längst nicht alle Städte und Gemeinden den Bestrebungen der 120 Kommunen offen gegenüber. Er habe „grundsätzlich ein Problem mit offen angekündigten Maßnahmen, die Schlepper ermutigen, ihr schmutziges Geschäft auszubauen und neue Pull-Faktoren schaffen“, sagte Uwe Brandl (CSU), Bürgermeister von Abensberg (Bayern) sowie Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes schon im Herbst.

Zum Treppenwitz der Geschichte gehört, dass Bürgermeister und Kämmerer vieler finanzschwacher Kommunen Bund und Länder auffordern, einen Schuldenschnitt vorzunehmen. Bundesfinanzminister [Olaf Scholz steht schon bereit](#), 2500 Kommunen überschuldete auf einen Schlag zu entlasten. Die Altschulden der Kommunen bei den sogenannten Kassenkrediten lägen bei etwa 40 Milliarden Euro, so Scholz. Würde ihnen diese Last abgenommen, hätten die Gemeinden nach Vorstellung des Vizekanzlers „wieder den Freiraum, selbstständig zu handeln“. Bei den Schleppern im Mittelmeer und Griechenland klingeln schon die Kassen.



Schwarzer-Peter-Spiel mit Flüchtlingskindern aus Griechenland

Was hatte Robert Habeck nicht [kurz vor Heiligabend getönt](#), man müsse „die Kinder da rausholen“ aus griechischen Flüchtlingslagern und sie „nach Deutschland“ bringen. Die Chance bot sich jetzt, denn die Linken in Hamburg schlugen genau das vor.

Jedoch zieht offenbar selbst Habecks eigene Partei nicht mit. Der [FOCUS berichtet](#): *Wie die Seenotrettungs-Organisation „Seebrücke“ [auf Twitter](#) bekanntmachte, haben die Grünen in Hamburg einstimmig gegen einen Linken-Antrag gestimmt, 70 minderjährige Flüchtlinge in der Stadt aufzunehmen. „Solch ein restriktives Verhalten ist heuchlerisch“, so die Aktivisten auf Twitter. Auch die SPD habe dagegen gestimmt.*

Die Grünen in Hamburg sind dagegen, weil man sich mit der SPD dort nicht einig ist, wie der FOCUS weiter berichtet. Die SPD in Hamburg ist eigentlich dafür, aber doch dagegen, weil man keine „Alleingänge“ in Hamburg will (warum eigentlich nicht, wenn es um die „Menschlichkeit“ geht?).

Schuld sei die SPD im Bund, also ihre eigene Partei. Die ist eigentlich dafür, aber dann doch dagegen. Deren Vorsitzende Esken erklärt, warum: „Wir müssen“ die Situation vor Ort verbessern und die Kinder müssten gemeinsam mit ihren Familien „ein besonderes Augenmerk erhalten.“ Außerdem solle die Aufnahme in anderen europäischen Mitgliedsstaaten ermöglicht werden.

Und die CDU im Bund? Die war eigentlich doch immer besonders dafür, dass „Flüchtlinge“ nach Deutschland kommen und verweigert sich weiter der Anwendung deutscher Einreisegesetze, um einen unregelmäßigen Zuzug zu gewährleisten.

Die CDU ist jetzt aber auch dagegen: Deren Bundestagsabgeordneter Christoph de Vries mahnte in der WELT, unter keinen Umständen zuzulassen, „dass erneut Fehlanreize geschaffen werden, die neue Migrationswellen nach Deutschland auslösen“.

Ganz neue Erkenntnisse also bei der CDU: „Erneute Fehlanreize“ gelte es zu vermeiden und „neue Migrationswellen“. Es scheint sie also schon gegeben zu haben und noch zu geben.

Den grünen Heuchlern aus Hamburg, die großmäulig die Aufnahme der armen Kinder gefordert hatten, um sie dann einstimmig (!) abzulehnen, ist das egal. Sie haben den Schwarzen Peter weitergegeben, ebenso ihr Koalitionspartner SPD, obwohl sie es in der Hand hatten, die „Kinder“ aus den griechischen Flüchtlingslagern in der Hansestadt aufzunehmen.



Sie folgen eben dem Habeckschen Imperativ:

Fordere Menschlichkeit laut und klar, aber fordere sie immer nur von anderen. Und lasse auf keinen Fall zu, dass grüne Macht vor Wahlen dadurch gefährdet werden könnte.

„Holt die Kinder da raus“? Oder gar: „Bringt die Kinder zu ihren Eltern zurück“? Drauf gesch...



Macht die Zuwanderung aus dem Fußball eine Kampfsportart?

Von EUGEN PRINZ | Wenn die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), von vielen wegen ihrer politischen Ausrichtung zurecht als „Alpen-Prawda“ geschmäht, offen über ein Problem berichtet, das sonst eigentlich nur von den Alternativen Medien aufgegriffen wird, weiß man, dass das Kind schon im Brunnen liegen muß.

Es geht um den Amateurfußball, genauer gesagt, um die C-Jugend des TSV Burgdorf in Niedersachsen. Die SZ schreibt:

Die Burgdorfer C-Jugend war ein Integrationsprojekt, erst vor anderthalb Jahren gegründet: Ein kurdisch geprägtes Multi-Kulti-Team, so bunt, wie Deutschland ist, mit vielen Nationalitäten und vielen Temperamenten. Es gab Bedenken, als die Spieler in den Verein geholt wurden, in eine neu gegründete C-Jugend-Mannschaft. Einigen fiel es manchmal schwer, sich an die Regeln zu halten, sie erwiesen sich zudem als empfänglich für Provokationen jeder Art. Sie hätten „ein großes Talent, sich unbeliebt zu machen“.

Ergänzend dazu die Feststellung des niedersächsischen Sportgerichts, dass diese Mannschaft „offenkundig völlig außer Kontrolle“ sei und „erschreckendes und geradewegs kriminelles Gewaltpotenzial“ offenbare.

Wie kam es zu dieser Einschätzung?

Mitte September 2019 musste die C-Jugend Partie TSV Burgdorf gegen den SV Fuhrberg abgebrochen werden. Es begann zunächst nur mit Schmähungen und Verbalattacken seitens der Burgdorfer, dann wurden sie richtig gewalttätig. Mehrere Aktive prügeln einen Fuhrberger Spieler zu Boden und traten ihn mit Stollenschuhen.

Wohlgemerkt, wir reden hier von Spielern im Alter von 12 bis 14 Jahren.

Kritiker sind der Meinung, dass man schon damals die gesamte Mannschaft aus dem Spielbetrieb hätte nehmen müssen.

Da das nicht geschah, kam es zwei Wochen später zum Supergau: Bei einem Spiel gegen den FC Lehrte, ging nach einem Geschubse eine ganze Meute der C-Jugend des TSV Burgdorf auf einen 13-jährigen Gegenspieler ([Bild](#)) los, zerriss ihm das Trikot, schlug und trat auf ihn ein. Er musste mit inneren Blutungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Sowohl der Haupttäter als auch das Opfer sind syrischer Abstammung.

Nach diesem Eklat nahm der TSV Burgdorf die gesamte Mannschaft aus dem Spielbetrieb und [warf sie aus dem Verein](#).

Trainer will, dass die Mannschaft eine zweite Chance bekommt

„Da waren wir die böseste Jugendmannschaft Niedersachsens. Mindestens“, sagt Peter Kehl, Trainer und Vereinsvorsitzender in Burgdorf im Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“. Er wurde vom niedersächsischen Sportgericht bis Ende März gesperrt, kämpft aber gegenwärtig darum, dass man der C-Jugend noch eine „zweite Chance“ gibt. In diesem Kontext dürfte auch der aktuelle Artikel in der SZ zu sehen sein. Vorbehalte gegen die „Prügel-Kicker“ gibt es jedoch nicht nur bei den anderen Vereinen, sondern auch beim TSV Burgdorf selbst.

Gegenwärtig werden die aggressiven Jungfußballer auf Kosten der Allgemeinheit „gepampert“. Die „Süddeutsche“ lässt uns wissen:

Die Stadtjugendpflege Burgdorf hat sich der Mannschaft angenommen, im Jugendzentrum, das direkt neben dem Vereinsgelände liegt, fand bis zuletzt ein wöchentliches Anti-Aggressionstraining statt. Dort konnten die Jugendlichen in Rollenspielen üben, wie sie mit Provokationen umgehen. Die Spieler hätten die Maßnahme gut angenommen, zuletzt ging die Trainingsbeteiligung aber zurück.

... die Trainingsbeteiligung ging zurück. Offenbar haben die Jungs keinen Bock auf „Anti-Agression“.

Nur die Spitze eines Eisbergs

Die Vorfälle rund um die C-Jugend des TSV Burgdorf sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs.

In der Saison 2018/19 verzeichnete der Deutsche Fußball-Bund (DFB) fast 700 Spielabbrüche, weil die Aktiven entweder aufeinander oder den Schiedsrichter losgingen. Letzteres hat Folgen: Es wird immer schwerer, [Schiedsrichter-Nachwuchs](#) zu finden. Die ständigen Beleidigungen, Bedrohungen und im schlimmsten Fall tätliche Angriffe will sich keiner mehr antun.

Ursachenforschung

Wer bei Berichten über schlimme Gewaltexzesse im Amateurfußball einen Blick in die betreffende Mannschaftsaufstellung ansieht, kommt nicht umhin zu bemerken, dass türkisch- und arabischstämmige Migranten überrepräsentiert sind. In diesem Kulturkreis ist die Lösung von Konflikten durch Gewaltausübung weit verbreitet, dazu kommt noch ein übersteigerter Ehrbegriff. Und wehe, die Ehre wird verletzt. Dass sich zudem in den Köpfen dieser Spieler häufig die Männlichkeit über Gewaltanwendung definiert, macht es nicht besser. Keine gute Grundlage für einen Mannschaftssport, der von kämpferischen Elementen geprägt ist. Von einem guten Sportler werden diese mit Fairness und

Geschicklichkeit gemeistert, von einem unzivilisierten Barbaren mit der Faust und den Stollen-Schuhen.

Auch der deutsche Nachwuchs ist beteiligt

Aber auch Teile des indigenen deutschen Nachwuchs dürfen nicht unerwähnt bleiben. Die Opfer links-grüner laissez-faire, sprich: die Prinzen, die niemals ein elterliches „Nein“ akzeptieren mussten und ihren Willen immer durchgesetzt haben; die Einzelkind-Stammhalter, die sich als Nabel der Welt sehen – ja, auch von dieser Sorte laufen genügend auf dem Fußballplatz herum und ziehen den Sport in den Dreck. Denn wie sollte man von diesen kleinen Egoisten sportliches Verhalten und Respekt gegenüber dem Schiedsrichter erwarten?

Und so sieht der Amateurfußball in Deutschland einer düsteren Zukunft entgegen. Wenn Spiele ohne Schiedsrichter stattfinden müssen, weil es nicht mehr genug gibt, wer entscheidet dann über Abseits, Foul und Strafstoß? Die Fäuste, natürlich.

Jerome Boateng soll Mitspieler an die Gurgel gegangen sein

Abschließend sei erwähnt, dass nach Berichten der „Welt“, Jerome Boateng vor Jahren im Training einmal seinem Mitspieler Mario Balotelli [an die Gurgel gegangen sein soll](#).

Mit einem Hinweis auf diese Attacke hätte Alexander Gauland in der [„Boateng-Affäre“](#) eine bedeutend bessere Figur gemacht. Denn wer will schon jemanden als Nachbarn, der seine Aggressionen nicht unter Kontrolle hat? So einfach wäre das gewesen. Da hat es Gauland wohl an den richtigen Beratern gefehlt.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors](#).



„Zu linksradikal“: Kapitän Reisch bricht mit „Mission Lifeline“

Von LUP0 | Lifeline-Kapitän Claus-Peter Reisch hat mit der „Seenotretter“-Organisation „Mission Lifeline“ aus Dresden gebrochen. Sie sei ihm zu „linksradikal“, sagte er in einem am Freitag veröffentlichten [Interview mit ZEIT-Online](#). Das bringt Großspender Kardinal Reinhard Marx aus München sprichwörtlich in Teufelsküche.

Unüberbrückbare Differenzen

Der Ausstieg des umstrittenen Kapitäns kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Reisch beklagt politische Agitation und

Aussagen, mit denen er sich nicht gemeinmachen könne. Er will keine Missionen mehr für Lifeline fahren, die zur NGO Mission Lifeline gehört.

In ZEIT-Online nennt er die Gründe: „Ich kann mich nicht mit Aussagen gemeinmachen, wie etwa, der österreichische Kanzler Sebastian Kurz sei ein Baby-Hitler. Da bin ich nicht dabei“, sagte Reisch. „Vieles ist mir zu linksradikal“.

Die fristlose Abmusterung von Reisch dürfte den Münchner Kardinal Marx und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz in Erklärungsnot bringen. 2018 hatte er über [50.000 Euro aus Mitteln](#) der katholischen Kirche an Lifeline gespendet – für linksradikale Agitation, wie sich jetzt herausstellt.

Kritik an der Unterstützung des Kardinals für die „Lifeline“ kam damals von der AfD-Fraktion im Bundestag. Der kirchenpolitische Sprecher Volker Münz nannte es laut WELT „ein Unding, dass Kardinal Marx das private Rettungsschiff ‚Lifeline‘ mit Mitteln aus der Kirchensteuer unterstützt“.

Die Arbeit von „Lifeline“ sei „nur scheinbar christlich“. Durch die Präsenz solcher Schiffe im Mittelmeer würden viele Menschen erst angelockt, sich auf die gefährliche Reise zu begeben und ihr Leben zu riskieren.

Der gebefreudige Kardinal war erst in dieser Woche von Stephan Brandner (MdB, AfD) [ins Gebet genommen](#) worden. Brandner hatte in einem Offenen Brief kritisiert, dass Marx 50.000 Euro aus Mitteln des Erzbistums an ein geplantes „Seenotrettungs“-Projekt der evangelischen Kirche Deutschland gespendet hatte: „Wie können Sie es vertreten, ein Anreizsystem zu unterstützen, das Menschen nicht selten in den Tod und in unserer Gesellschaft zu erheblichen Spannungen führt?“ Eine Antwort steht noch aus.

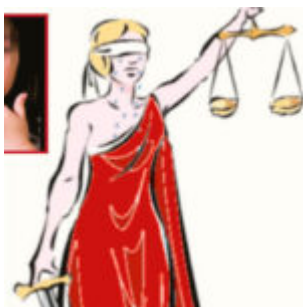
Die NGO Mission Lifeline war in den vergangenen Monaten durch überzogene Öffentlichkeitsarbeit aufgefallen. Sie hatten den österreichischen Kanzler Sebastian Kurz als [„Baby-Hitler“](#)

bezeichnet. Anfang 2019 hatte die Organisation, die seit 2017 vor Libyen operierte, getwittert: „Ihr seid noch nicht verheiratet? Vielleicht verliebt Ihr Euch zufällig in einen Menschen, der*die hier noch kein Bleiberecht hat. Könnte passieren, oder? Bleibt offen!“

Reisch hatte anlässlich der letzten Entgleisung Anfang Januar 2020 kryptisch gesagt: „Ich distanziere mich von allen unglaublichen Entgleisungen, die dort bei Lifeline zu lesen sind. Ich lehne jede Art von Agitation ab und halte es für maximal schädlich in der Debatte. Ich bin ein Mensch der bürgerlichen Mitte.“

Nun der totale Bruch. Reisch war erst vor wenigen Tagen in Malta nach langem Prozess vom Vorwurf freigesprochen worden, das Lifeline-Schiff falsch registriert zu haben. Vermutlich trug dieser Befreiungsschlag zur Trennung bei.

Mission Lifeline hält sich bislang noch mit Stellungnahmen bedeckt. Stattdessen wird auf [ihrer Webseite](#) unter „Aktuelles“ über ein neues Schiff für den Einsatz im Mittelmeer berichtet.



**Landshut: Erneute
Gerichtssposse um afghanischen**

Kinderlippen-Sauger

Von EUGEN PRINZ | Im Juli letzten Jahres war der afghanische Asylbewerber Idris I. vom Amtsgericht Erding wegen sexuellen Missbrauchs von zwei kleinen Mädchen zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und vier Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Er hatte auf dem Grillfest einer deutschen Familie an den Lippen eines siebenjährigen Mädchens herumgekaut und daran gesaugt. Die zehnjährige Schwester befingerte er an der Brust und im Intimbereich ([PI-NEWS berichtete](#)).

Da sowohl die Staatsanwaltschaft als auch der Verurteilte gegen das Urteil Berufung einlegten, traf man sich vorgestern erneut, dieses Mal vor dem Landgericht Landshut. Der „Wiederaufguss“ wurde zu einem ähnlichen Kasperle-Theater wie die erste Verhandlung, die der Angeklagte damals mit dem Kopf auf der Tischplatte liegend verfolgt hatte.

Angeklagter überrascht seinen Verteidiger

Dieses Mal wartete der Afghane, der bereits in der Vergangenheit wegen mehrerer Sexualdelikte aufgefallen war, schon zu Beginn der Verhandlung mit einer Überraschung auf: Ungeachtet seines Geständnisses aus der ersten Instanz, wo er auch [Scham über seine Tat bekundet hatte](#), war er sich plötzlich keiner Schuld mehr bewusst. Sein Ziel sei es, in die Freiheit entlassen zu werden.

Das verblüffte sogar Rechtsanwalt Martin Paringer, der von dieser neuen Verteidigungsstrategie seines Mandanten noch gar nichts wusste. Das ursprüngliche Ziel wäre eine beiderseitige Berufungsrücknahme gewesen, da auch die Staatsanwaltschaft gegen das erstinstanzliche Urteil Rechtsmittel eingelegt hatte, um eine höhere Freiheitsstrafe zu erreichen.

Idris I. machte der Prozessstrategie seines Verteidigers jedoch einen Strich durch die Rechnung. Er bestritt plötzlich tränenreich den Tatvorwurf und forderte, die beiden Mädchen

erneut vor Gericht aussagen zu lassen:

„Warum sind die nicht geladen?“

(Angeklagter Idris I. zum Richter)

Oberstes Gebot in Missbrauchsfällen: Kindern eine Aussage ersparen

Hierzu ist zu sagen, dass in deutschen Gerichtssälen bei sexuellem Missbrauch von Kindern schon viel Rabatt auf die zu erwartende Freiheitsstrafe gewährt wurde, wenn die Angeklagten durch ein Geständnis den minderjährigen Tatopfern die psychische Belastung einer Aussage erspart hatten.

Dem Afghanen schien es jedoch egal zu sein, dass die beiden sexuell missbrauchten Schwestern, inzwischen 11 und 8 Jahre alt, immer noch stark unter den Tatfolgen leiden. Ungerührt forderte er deren erneute Vernehmung.

Selbst nachdem der Vorsitzende Richter Theo Ziegler dem 24-Jährigen klar gemacht hatte, dass sich die Staatsanwaltschaft mit der Forderung nach einer höheren Strafe durchsetzen könnte, räumte Idris I. nur ein, sich nicht mehr genau erinnern zu können, da er an diesem Abend viel getrunken hatte.

Angeklagter jammert über die Haft

An dieser Stelle angekommen, schien es das Hauptanliegen des Angeklagten zu sein, über die ungerechte Behandlung zu berichten, die ihm in der Haft widerfahren würde.

Hier sah Richter Ziegler offenbar einen Hebel, den beiden Mädchen eine Aussage doch noch zu ersparen.

„Solange das Verfahren läuft, kommen Sie da aber nicht raus“, teilte der Vorsitzende dem angeklagten Afghanen mit und lockte ihn noch mit einer frohen Botschaft:

Da er ohnehin bereits seit Februar in Untersuchungshaft sei und in einer Woche zwei Drittel der Strafe verbüßt habe, würde geprüft, ob er vorzeitig auf Bewährung entlassen werden kann. Dies sei aber nur möglich, wenn das Urteil rechtskräftig ist.

Das leuchtete Idris I. ein und er nahm angesichts der guten Chancen auf seine baldigste Freilassung die Berufung zurück; ebenso die Staatsanwaltschaft.

Kommentar:

Ist das nicht ein schönes Happy End? Alle sind zufrieden, alle sind glücklich. Ein Hoch auf das deutsche Rechtssystem und die Justiz!

Wer sich nun fragt, warum PI-NEWS über eine Gerichtsverhandlung in der Provinz berichtet: Weil dieser Prozess ein perfektes Beispiel dafür ist, dass die auf eine homogene deutsche Bevölkerung zugeschnittene Justiz bei den Neubürgern aus den Prækariaten dieser Erde sehr schnell an ihre Grenzen stößt und bei ihnen ihren Zweck wohl nicht erfüllen wird. Bleibt nur zu hoffen, dass der afghanische Asylbewerber nicht in 14 Tagen [im ach so sicheren Deutschland](#) an den nächsten Kinderlippen zuzelt.



[Eugen Prinz](#) im Mai 2019 auf dem Kongress der Neuen Medien in Berlin. Er kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

» [Twitter Account des Autors.](#)